

Illegales Glücksspiel außer Kontrolle geraten

Bundesverband deutscher Spielbanken fordert von den Bundesländern Neuausrichtung der Glücksspielregulierung am Verbraucherschutz

Berlin, 7. Januar 2016. Anlässlich der Veröffentlichung des Jahresreports der Glücksspielaufsichtsbehörden der Bundesländer vom 22. Dezember 2015 hat der Bundesverband deutscher Spielbanken in Deutschland (BupriS) die Länder aufgefordert, sich bei der Glücksspielregulierung an den Realitäten zu orientieren und das Verbot der Online-Casinospiele durch ein Konzessionsmodell zu ersetzen. Der Spielbankenverband nimmt mit seiner Forderung Bezug auf die Ende Dezember 2015 veröffentlichten Daten der Länder, wonach der Markt für illegale Glücksspiele auch 2014 erneut gewachsen ist und inzwischen einen Marktanteil von mindestens 15,3 Prozent hat. Andere Stellen, darunter die EU-Kommission, schätzen den Marktanteil illegaler Glücksspiele sogar auf 30 Prozent und mehr.



Online-Glücksspiele wachsen trotz Verbots ungebremst

Martin Reeckmann, Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Spielbanken, erklärte hierzu: „Der von den Bundesländern erstmals veröffentlichte Jahresreport der Glücksspielaufsichtsbehörden bestätigt, dass das mit dem Glücksspielstaatsvertrag eingeführte Verbot von Casinospielen im Internet nicht funktioniert. Sechs Jahre nach der Einführung des Verbots ist der Markt für Online-Casinospiele inklusive Onlinepoker selbst nach amtlicher Einschätzung mehr als anderthalb mal so groß wie der Markt der kontrollierten

Casinospiele in Spielbanken. Entgegen der Prognose der Länder spielen die Verbraucher nicht weniger im Internet, sondern werden weniger geschützt.“

Orientierung am Verbraucherschutz überfällig

Die derzeitige Glücksspielregulierung ignoriert das Verbraucherverhalten und verhindert so eine sachgerechte Bewertung von Glücksspielen anhand der Belange des Verbraucherschutzes. Bereits im Februar 2015 hatte die europäische Medienplattform EurActiv in Kooperation mit dem Bundesverband deutscher Spielbanken BupriS sowie der Schmidt-Gruppe und Löwen-Entertainment in ihrer Publikationsreihe YellowPaper einen Sammelband zum Thema Glücksspiel und Verbraucherschutz herausgegeben. Dort werden von Experten Ansatzpunkte für eine praxistaugliche, auf Verbraucherschutz beruhende Glücksspielregulierung dargestellt.

Reeckmann fordert die Bundesländer erneut auf, die gebotenen Schlussfolgerungen aus den vorliegenden Daten zu ziehen und Verbraucherschutz auch bei Online-Casinospielen zu ermöglichen. Verbraucherschutz werde nicht durch wirkungslose Verbote gewährleistet, sondern durch Zulassung kontrollierter Glücksspiele unter effektiver Aufsicht.

Bislang sind die Spielbanken durch das Verbot von Casinospielen im Internet daran gehindert, dort ihre umfassenden Erfahrungen beim Spielerschutz umzusetzen. Der Glücksspielstaatsvertrag der Länder verbietet seit 2008 die Veranstaltung von Casinospielen im Internet und sieht dafür auch keine Ausnahmen vor. Der Markt für (unerlaubte) Online-Casinospiele inklusive Onlinepoker betrug 2014 bereits 174 Prozent des legalen Spielbankmarktes, ist also 1,74-mal so groß wie der Spielbankenmarkt in Deutschland.

Im regulierten Markt (der die Glücksspielanbieter mit Erlaubnis deutscher Behörden umfasst) haben die Spielbanken 2014 einen Bruttospielertrag von 508,3 Millionen Euro erwirtschaftet. Gleichzeitig konnten unzuverlässige

Fremdanbieter im unregulierten Markt (der die Glücksspielanbieter ohne Erlaubnis deutscher Behörden umfasst) mit Online-Casinospielen und Onlinepoker ungehindert einen Bruttospielertrag von 884,5 Millionen Euro erzielen. Quelle: Jahresreport 2014 der Glücksspielaufsichtsbehörden der Länder vom 22. Dezember 2015.

Über den Bundesverband deutscher Spielbanken (BupriS)

Der Bundesverband deutscher Spielbanken gegr. 2008 als BupriS e.V. (BupriS) vertritt die Interessen der staatlich konzessionierten Spielbanken in Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

BupriS tritt ein für eine verantwortungsbewusste Regulierung aller Glücksspiele, ausgerichtet am Verbraucherschutz. Diese Haltung vertritt der Bundesverband deutscher Spielbanken auf deutscher und europäischer Ebene gegenüber Öffentlichkeit, Politik, Staat und Wirtschaft.